

VORWORT

Taten statt Warten

Was Deutschland jetzt für die Lösung der Schuldenkrise im Globalen Süden tun muss



Bild: Mellenchin/Misereor

Pirmin Spiegel ist seit 2012 Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender von Misereor. Er studierte Theologie und Philosophie und wurde 1986 zum Priester geweiht.

Nach den dramatischen Auswirkungen der Corona-Pandemie zog die Weltwirtschaft vor dem Krieg in der Ukraine 2021 wieder leicht an. Doch der Aufschwung verlief nicht einheitlich, und trotz der leichten weltwirtschaftlichen Erholung bleibt die Schuldenkrise in vielen Ländern des Globalen Südens weiterhin dramatisch. Die Finanzierung sozialer Grunddienste wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Wasserversorgung ist gerade in besonders kritisch verschuldeten Ländern kaum mehr möglich. Darüber hinaus gefährden die aufgrund des Krieges in der Ukraine weltweit gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise die Lebensgrundlage von Millionen Menschen. Pandemie, Krieg, Klimawandel und nachfolgende Krisen haben sich zu einer permanenten Polykrise verdichtet. Betroffen sind insbesondere arme Menschen, denen die finanziellen Widerstandskräfte fehlen.

Die von erlassjahr.de und Misereor in diesem Schuldenreport analysierte weltweite Verschuldungssituation zeigt ein unverändert hohes Überschuldungsrisiko in vielen Ländern des Globalen Südens. So ist die Zahl der kritisch verschuldeten Länder mit 136 von 152 untersuchten Ländern auf einem vergleichbar hohen Niveau wie im Corona-Krisenjahr 2020. Damals waren 135 von 148 untersuchten Staaten kritisch verschuldet. In 40 Ländern ist die Situation besonders kritisch, darunter Ghana und Sri Lanka (vgl. „Verschuldete Staaten weltweit“, S. 8).



Bild: David-Simon Groß/KRM

Petra Aschoff ist Diplom-Sozialpädagogin und arbeitet seit mehr als dreißig Jahren in entwicklungspolitischen Zusammenhängen, davon die letzten neun Arbeitsjahre als Referentin bei Brot für die Welt – mit besonderem Blick auf die portugiesischsprachigen Länder Afrikas. Seit vier Jahren vertritt sie den Koordinierungs-Kreis Mosambik im Bündnisrat von erlassjahr.de.

Ein vorausschauender Umgang mit der globalen Schuldenkrise erfordert ein rasches und gemeinsames politisches Handeln aller Gläubiger, egal ob es sich um nationale Regierungen, multilaterale Institutionen oder private Finanzakteure handelt. Doch bislang gibt es keine entschlossenen Maßnahmen, um der Schuldenkrise Herr zu werden und alle Gläubiger einzubeziehen. Einen umfassenden Überblick darüber, welche Akteure zu den wichtigsten Gläubigern von Ländern im Globalen Süden gehören, bietet der Artikel „Gläubiger weltweit“ (S. 20). Hier rückt auch die Rolle Deutschlands als Gläubiger in den Blick. Noch immer ist die Bundesrepublik der viertgrößte bilaterale öffentliche Gläubiger weltweit und steht darüber hinaus – wie die anderen G7- und EU-Staaten – in der Mitverantwortung, international Lösungen für die Schuldenproblematik zu finden.

Eines der Länder, in denen sich die Schuldenkrise im Laufe des vergangenen Jahres enorm verschärft hat, ist die Ukraine. Der brutale Angriffskrieg Russlands kostet immer mehr Menschenleben und hat die Wirtschaft der Ukraine an den Rand des Kollapses getrieben. Seit Kriegsbeginn hat das Land Zusagen für neue Kredite im Umfang von 41,7 Milliarden US-Dollar erhalten

**Jetzt ist die Zeit für politisches Handeln.
Die Menschen im Globalen Süden sollten
nicht mehr länger darauf warten!**

(Stand: Ende Januar 2023). Tendenz steigend. Die sich auftürmende Schuldenlast wird den Wiederaufbau der Ukraine behindern. Eine Schuldenstreichung wird nötig sein. Deutschland und andere internationale Gläubiger sollten dieser Realität ins Auge blicken und sich frühzeitig über eine Strategie verständigen, wie mit den Schulden des Landes künftig umgegangen werden kann (vgl. „Ukraine: Fight now – pay later“, S. 38).

Vielen hochverschuldeten Ländern wurden seitens der Gläubiger harte Austeritäts- und Sparvorgaben erteilt, die zu einem Anstieg der Ungleichheit und zu massiven Einschnitten in die soziale Daseinsvorsorge geführt haben. Zudem lenken diese Sparmaßnahmen von der Tatsache ab, dass eine Schuldenrestrukturierung in hoch verschuldeten Ländern eine viel wirksamere Lösung wäre, um das jeweilige Land zurück auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen (vgl. „Mehr Verantwortung wagen“, S. 30).

Gläubigerklagen sind für Schuldnerländer nicht nur risikoreich, sie gefährden laufende multilaterale Schuldenrestrukturierungs-Verhandlungen und stehen damit einer raschen Entschärfung der Schuldenkrise entgegen. Es ist zutiefst unsozial, wenn private Gläubiger auf der Rückzahlung von Verbindlichkeiten in voller Höhe beharren, die letztlich durch Schuldenerlasse der öffentlichen Hand finanziert werden. Für eine faire Lösung der Schuldenkrise ist es deshalb notwendig, dass die Bundesregierung endlich die Initiative ergreift und unter anderem effektive gesetzliche Maßnahmen zum Stopp der gegenwärtigen Klagepraxis vor allem von privaten Gläubigern umsetzt (vgl. „Die Macht der Legislative“, S. 44).

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle unsere Hoffnung geäußert, dass die Chancen für eine Lösung der globalen Schuldenkrise unter der neuen Bundesregierung steigen. Dass sie sich, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, für eine politische Initiative zur Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens unter Einbeziehung aller Gläubiger einsetzt. Dieses Versprechen hat die Regierungskoalition bislang nicht eingelöst. Stattdessen beharrt sie weiterhin auf Reform-Trippelschritten und punktuellen Verbesserungen des von der G20 beschlossenen Entschuldungsrahmenwerkes „Common Framework“.

Um aufzuzeigen, dass ambitioniertere Schritte für eine systemische Lösung der Schuldenkrise möglich sind, präsentieren erlassjahr.de und Misereor sechs konkrete politische Reformschritte. Basis sind die bereits 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „Prinzipien zur Lösung von Schuldenkrisen“. Wir sind der Überzeugung, dass diese Reformschritte helfen können, die Fehler der Vergangenheit bei Schuldenrestrukturierungen künftig zu vermeiden und bestehende Verfahren zu stärken. Es ist uns wichtig zu betonen, dass mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen das Machtungleichgewicht in den Verhandlungen zwischen Schuldnern und Gläubigern deutlich reduziert würde – was eine zentrale Voraussetzung für gerechte und faire Lösungen der Schuldenkrise ist (vgl. „Vom Common Framework zum Staateninsolvenzverfahren?“, S. 48).

Jetzt ist die Zeit für politisches Handeln. Jetzt ist die Zeit für die Bundesregierung, ihre Versprechen endlich Realität werden zu lassen. Die Menschen im Globalen Süden sollten nicht mehr länger darauf warten!

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Petra Aschoff und Pirmin Spiegel